

mit Schwerpunkt CO₂ Barometer

Zusätzliche Anspannung auf den studentischen Wohnungsmärkten in Baden-Württemberg

Die Lage auf den Wohnungsmärkten in den Universitätsstädten Baden-Württembergs wird in den kommenden Jahren angespannt sein. Besonders in Stuttgart, Freiburg im Breisgau und Konstanz wird die Nachfrage nach studentischem Wohnraum das Angebot deutlich übersteigen.



Foto: istockphoto

In den nächsten Jahren werden die Studentenzimmer in Baden-Württemberg knapper.

Der Hauptgrund für die steigende Nachfrage nach studentischem Wohnraum liegt in der Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre und den daraus resultierenden doppelten Abiturjahrgängen, die zeitgleich an die Hochschulen strömen. Ferner trägt die Aussetzung der Wehrpflicht dazu bei, dass in den kommenden Jahren mehr Absolventen an die Universitäten drängen werden. Diesem kurzfristigen Effekt steht jedoch die demographische Entwicklung gegenüber, die langfristig voraussichtlich zu einer geringeren Studierendenzahl führen wird. Zu diesen zentralen Ergebnissen kommt eine Studie des ZEW in Zusammenarbeit mit der Universität Mannheim, die im Auftrag der L-Bank, Staatsbank für Baden-Württemberg durchgeführt wurde.

Von entscheidender Bedeutung für die zusätzliche Wohnungsmarktbelastung ist die regionale Herkunft der Studierenden. So können junge Leute, die an einer Hochschule in der Nähe ihres Heimatortes studieren, Verknappungen am Wohnungsmarkt dadurch ausweichen, dass sie zumindest vorübergehend zuhause bei den Eltern wohnen und zur Hochschule pendeln. Kommilitonen aus weiter entfernten Kreisen und anderen Bundesländern sind dagegen auf den lokalen Wohnungsmarkt angewiesen. Die Studie analysiert die Herkunft der Studierenden aus Baden-Württemberg auf Kreisebene. Darüber hinaus berechnet sie den Anteil derjenigen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung am Studienort oder in Pendelentfernung erworben haben. Zu den

potenziellen Pendlern zählen Studierende, die ihre Zugangsberechtigung in einem Kreis erworben haben, der es erlaubt, täglich zwischen Hochschulstandort und dem Wohnsitz der Eltern zu pendeln. Diese Analyse wurde für die acht größten Hochschulstandorte in Baden-Württemberg durchgeführt. Das sind die Städte Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Stuttgart, Tübingen und Ulm. Auf sie entfallen etwa 75 Prozent aller Studierenden in Baden-Württemberg.

Zusätzliche Belastungen zu erwarten

Für die Hochschulstandorte Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Konstanz, Mannheim, Tübingen und Ulm liegt der Anteil der Studierenden, die entweder am Hochschulstandort selbst oder in einem Umkreis in Pendelentfernung ihre Hochschulzugangsberechtigung erhalten haben, zwischen 14 Prozent (Konstanz und Ulm) und gut 20 Prozent (Freiburg im Breisgau). Im Umkehrschluss bedeutet dies,

IN DIESER AUSGABE

Zusätzliche Anspannung auf den studentischen Wohnungsmärkten in Baden-Württemberg	1
Weniger Kriminalität durch Videospiele	2
Weiterbildung Älterer oft wenig effizient	3
Nachgefragt: Schuldenkrise in den Vereinigten Staaten	4
Der Beitrag der Windenergie für die künftige Stromversorgung in Deutschland	5
ZEW Wirtschaftsforum	7
Mannheimer Unternehmenssteuertag	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

dass an diesen Standorten bis zu 86 Prozent der Studierenden auf Wohnraum am Hochschulstandort angewiesen sind. Ausnahmen bilden Karlsruhe und Stuttgart, die einen hohen Anteil an Studierenden vom Standort selbst und aus dem Umland besitzen (30 beziehungsweise 39 Prozent). Gegenbeispiel ist Konstanz mit seiner geographisch exponierten Insel- und Grenzlage. Schreibt man diese Muster in die Zukunft fort, dann ist zu erwarten, dass durch den hohen Anteil an Studierenden, die weder aus dem Studienort noch aus einem Ort mit Pendelentfernung stammen, beispielsweise in Freiburg im Breisgau, Heidelberg und Konstanz, zusätzliche Belastungen am Wohnungsmarkt auftreten werden.

Die Beurteilung der Anspannung an den lokalen Wohnungsmärkten der Hochschulstandorte erfolgt anhand dreier Knappheitsindikatoren: das aktuelle

Mietpreisniveau und die Mietpreisentwicklung in den letzten Jahren, die Einschätzung der Wohnungsmarktlage durch die lokalen Studentenwerke und der regionale Wohnungsbedarf, basierend auf der aktuellen Wohnungsbedarfsprognose des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Tendenziell knapper Wohnraum an den großen Hochschulstandorten

Die Indikatoren weisen für die großen Hochschulstandorte in der Grundtendenz, bei allerdings erheblichen lokalen Unterschieden, auf eine angespannte und sich vorübergehend verschärfende Lage hin: Überdurchschnittlich hohe und steigende Mieten sowie bereits bestehende und sich verschärfende Nachfrageüberhänge am studentischen Wohnungsmarkt und am allgemeinen Wohnungsmarkt.

Diese Szenarien sind vor allem für die Städte Stuttgart, Freiburg im Breisgau und Konstanz zu erwarten. An den meisten kleineren Hochschulstandorten – etwa in Heilbronn, Offenburg oder Göppingen – ist die Situation dagegen entspannter: Das Mietpreisniveau ist deutlich niedriger und die Entwicklung der Mietpreise ist eher seitwärts gerichtet. Diese Ergebnisse decken sich mit der Einschätzung der Studentenwerke, die momentan an den kleineren Hochschulstandorten einen weitgehend ausgeglichenen Wohnungsmarkt sehen und auch in den nächsten Jahren nur partiell mit einer Anspannung rechnen.

Die Studie „Wohnungsmarktbeobachtung 2010“ steht im Internet unter <http://www.l-bank.de/allg/linkarchiv/100410> zum Download zur Verfügung.

Prof. Dr. Felix Schindler, schindler@zew.de
Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de

Weniger Kriminalität durch Videospiele

Videospiele senken die Kriminalitätsrate, weil sie potenzielle Straftäter unter den Spielern an Konsole und Bildschirm fesseln. So bleibt ihnen weniger Zeit für Straftaten. Dies zeigt eine Studie des ZEW in Zusammenarbeit mit der Baylor University und der University of Texas at Arlington.

Bei Videospielen mit Gewaltinhalten zeigt sich eine paradoxe Situation: Einerseits binden sie potenzielle Gewalttäter an den Bildschirm und halten diese so von anderen Aktivitäten fern, bei denen es zu Gewalt kommen könnte. Andererseits berichten zahlreiche psychologische Studien von einem gesteigerten aggressiven Verhalten durch den Konsum von Videospielen mit Gewaltinhalten. Die Erkenntnisse bezüglich der Steigerung der Aggressivität durch gewalthaltige Videospiele beruhen häufig auf psychologischen Laborexperimenten. Diese berücksichtigen indessen nicht die starke Nutzung solcher Spiele durch vergleichsweise gewaltbereite Personen und die daraus resultierende erhebliche zeitliche Bindung dieser Spieler. Dieser Effekt hindert die Spieler daran, in der Zeit, die sie am Bildschirm verbringen, andere potenziell gewaltsame Tätigkeiten auszuüben.

Die ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 11-042) auf Grundlage von US-amerikanischen Daten zeigt diese beiden gegensätzlichen Effekte sehr deutlich. Die Ergebnisse weisen zum einen auf eine erhöhte Aggressivität seitens der Spieler hin. Zum anderen zeigt sich aber auch, dass die Spieler einen erheblichen Anteil ihrer verfügbaren Zeit freiwillig zum Spielen verwenden, was die Gewaltkriminalität verringert. Dieser zeitbeschränkende Effekt dominiert dabei in den Vereinigten Staaten den aggressionsfördernden Effekt. Daher ist dort sowohl das Spielen gewalthaltiger als auch gewaltfreier Videospiele mit einer sinkenden Anzahl an Straftaten verbunden.

Die Auswirkungen des Videospieldkonsums umfassen sowohl die Förderung aggressiven Verhaltens als auch die zeitliche Einschränkung für die Ausübung aggressiver Tätigkeiten. Die Ergebnisse für

die Vereinigten Staaten zeigen, dass die Wirkung der zeitlichen Einschränkung der Videospieler stärker ist als der Effekt, der das aggressive Verhalten der Spieler fördert. Eine mögliche Regulierung von Gewaltinhalten in Videospielen sollte daher gut bedacht werden.

Effekte einer Regulierung

Eine Regulierung könnte zwar langfristig die Aggressivität der Spieler reduzieren. Auf kurze Sicht würde sie aber voraussichtlich zu einem Anstieg der Kriminalitätsrate führen, da eine ganze Reihe von Spielern dann weniger Zeit in die für sie nun möglicherweise uninteressanten Spiele investieren würden.

Die Studie basiert auf einem Datensatz, der sich aus unterschiedlichen Quellen zusammensetzt und wöchentliche Beobachtungen für die gesamten Vereinigten Staaten von 2005 bis 2008 liefert. Ausgewertet wurden etwa Daten zu Anzahl und Einzelheiten von Verbrechen, zu Verkaufszahlen von Videospielen und zur Klassifizierung des Gewaltinhalts.

Benjamin Engelstätter, engelstaetter@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Weiterbildung Älterer oft wenig effizient

Im Vergleich zu den jüngeren Mitarbeitern deutscher Unternehmen schätzen ältere den Ertrag ihrer Weiterbildung geringer ein. Die Investitionen der Betriebe in die Weiterbildung älterer Beschäftigter könnten sich stärker auszahlen, würden sie deren Bedürfnisse besser berücksichtigen.



Viele Betriebe gehen bei Weiterbildungen zu wenig auf Präferenzen und Bedürfnisse älterer Mitarbeiter ein.

Ältere Beschäftigte werden angesichts des demographischen Wandels für die Betriebe zunehmend wichtiger. Immer mehr Unternehmen erkennen dies und sind bereit, auch in Mitarbeiter, die älter als 55 Jahre sind, zu investieren. Indessen ist der Ertrag aus der Weiterbildung Älterer häufig geringer als der aus den Weiterbildungsmaßnahmen für Jüngere. Einer der Gründe ist, dass nur etwa ein Fünftel aller Betriebe, die Ältere bei der Weiterbildung einbeziehen, deren spezi-

elle Interessen und Bedürfnisse berücksichtigt. So verfolgen Ältere bei ihrer Weiterbildung oft deutlich weniger ambitionierte Ziele und beurteilen den Ertrag der Weiterbildung für sich selbst deutlich weniger optimistisch als jüngere Mitarbeiter. Dies sind zentrale Ergebnisse des neuen ZEW Discussion Papers Nr. 11-046.

Das Paper kommt zu dem Schluss, dass die Betriebe bei der Weiterbildung stärker auf die Bedürfnisse der älteren Beschäftigten eingehen müssen. So soll-

ten Firmen berücksichtigen, dass ältere Mitarbeiter auf ihre praktische Arbeitsumgebung zugeschnittene Weiterbildungsformen bevorzugen, über die sich neues Wissen schnell in die Praxis umsetzen lässt. Formelle und eher abstrakte Formen der Weiterbildung betrachten Ältere dagegen mit Skepsis, da die Umsetzung von auf diesem Weg vermittelten Inhalten zu meist längere Zeit braucht und eher indirekten Nutzen bringt.

Starke Praxisorientierung

Die Untersuchung identifiziert Training-on-the-job und selbst organisiertes Lernen als Lernformen, die bei älteren Beschäftigten deutlich effektiver sind als bei jüngeren. Die Präferenz für eine starke Praxisorientierung der Lernformen resultiert bei Älteren daraus, dass ihnen nicht mehr so viel Zeit im Betrieb verbleibt und sie weniger Aufstiegsmöglichkeiten haben. Daher zahlen sich langfristige Maßnahmen für sie nicht mehr voll aus und sind weniger interessant. Die Untersuchung zeigt darüber hinaus, dass ältere Beschäftigte Weiterbildungsinhalte bevorzugen, bei denen sie mit ihrer Erfahrung punkten und die Qualität ihrer Arbeitsumgebung verbessern können. Ein Beispiel hierfür sind Management- und Kommunikationstrainings. Bei völlig neuartigen und abstrakten Inhalten geraten ältere Mitarbeiter gegenüber jüngeren Weiterbildungsteilnehmern dagegen schnell ins Hintertreffen. Dies beeinträchtigt ihre Motivation für derartige Lerninhalte. Deshalb ist auch der Ertrag von abstrakten technischen oder informationstechnologischen Weiterbildungen für ältere Beschäftigte deutlich geringer als für jüngere Mitarbeiter.

Die Studie wertet eine Befragung von über 6.000 Weiterbildungsteilnehmern aus rund 150 Unternehmen in Deutschland aus. Neben Art und Inhalt der Weiterbildung werden unter anderem das Alter, die Betriebszugehörigkeitsdauer, die Gesundheit, die Qualifikation und die Bindung der Beschäftigten an den Arbeitsmarkt berücksichtigt.

Prof. Dr. Thomas Zwick, zwick@bwl.lmu.de

ZEW INTERN

Neues Seminarprogramm erschienen

Das neue ZEW-Seminarprogramm ist erschienen. Von September 2011 bis Juni 2012 bietet das ZEW wieder zahlreiche Expertenseminare zu aktuellen Themen an. Die ZEW-Expertenseminare zeichnen sich dadurch aus, dass sie gemeinsam von Wissenschaftlern und erfahrenen Praktikern konzipiert und durchgeführt werden. Dadurch werden aktuelle Forschungsergebnisse mit Erfahrungen aus der beruflichen Praxis verbunden. Das Themenspektrum der ZEW-Seminare reicht von Ökonometrie über Finanzmarktanalyse und -management bis hin zu Unternehmensführung und Organisation. Neu im Programm sind Expertenseminare zur „Evaluation von Programmen und Maßnahmen“ oder zum Thema „Social Software im Unternehmen“.

Weitere Informationen unter www.zew.de/weiterbildung oder bei Axel Braun, Tel. 0621/1235-241, E-Mail braun@zew.de

Nachgefragt: Schuldenkrise in den Vereinigten Staaten

Der US-amerikanischen Wirtschaft drohen empfindliche Wachstumseinbußen

Die Vereinigten Staaten haben ihre Schuldengrenze um 2,1 Billionen US-Dollar angehoben. Gleichzeitig sollen in den kommenden zehn Jahren 2,4 Billionen US-Dollar eingespart werden. Dr. Marcus Kappler, stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Wachstums- und Konjunkturanalysen, plädiert für eine Umkehr der US-amerikanischen Fiskalpolitik.

Die Zahlungsunfähigkeit der Vereinigten Staaten wurde in letzter Minute abgewendet. Können die Märkte der amerikanischen Wirtschaft wieder vertrauen?

Der amerikanische Senat hat sich durchgerungen, die in den Haushaltsgesetzen festgelegte Schuldengrenze anzuheben und so ermöglicht, dass die Vereinigten Staaten weitere Staatsschulden aufnehmen können. Verbunden mit dieser Anhebung sind geplante Maßnahmen zur künftigen Haushaltskonsolidierung. Der Plan zum Schuldenabbau wird allerdings von vielen Beobachtern als nicht ausreichend betrachtet. Die Rating-Agentur Standard & Poors hat deshalb die vormals erstklassige Bonitätsbewertung des amerikanischen Staates korrigiert und angekündigt, über die kommenden Jahre weitere Abstufungen vorzunehmen, sollte beim Schuldenabbau nicht nachgebessert werden. Mit zur Senkung der Bonitätsbewertung beigetragen hat der taktisch motivierte Schuldenstreit im Kongress, der eine Berechenbarkeit der amerikanischen Politik erschwert. Die unmittelbare Reaktion der Märkte hat gezeigt,

dass die Unsicherheit über die Zukunft der Weltwirtschaft durch die Neubewertung der Kreditwürdigkeit der Vereinigten Staaten zunächst zugelegt hat.

Die Vereinigten Staaten haben einen Schuldenberg von mehr als 14 Billionen US-Dollar aufgetürmt. Bedroht diese enorme Staatsschuld die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft?

Die Staatsschulden sind so enorm gestiegen, da die US-amerikanische Regierung sehr viel Geld zur Abfederung der Finanz- und Wirtschaftskrise in die Hand genommen hat. Der größte Posten im seit 2009 wirksamen Konjunkturprogramm ARRA sind Steuersenkungen für Einzelpersonen und Ehepaare, um die verfügbaren Einkommen zu erhöhen und damit die Konsumausgaben zu beleben. Mit dem ARRA sind immer noch kurzfristig positive Effekte auf die amerikanische Wirtschaft verbunden. Längerfristig ist der hohe Schuldenstand aber ein Problem und dürfte das Wirtschaftswachstum belasten. Die Kongressbehörde CBO hat ausgerechnet, dass ab dem Jahr 2017 die negativen Auswirkungen der hohen

Staatsverschuldung stärker als die stimulierenden Effekte, etwa aufgrund der reduzierten Einkommenssteuersätze, ausfallen werden. Sollte es mittel- bis langfristig zu keinem Umsteuern kommen, drohen der amerikanischen Wirtschaft deutliche Wachstumseinbußen.

Welche Auswirkungen hat das amerikanische Haushaltsdefizit für die Weltwirtschaft und insbesondere für die Länder der Eurozone?

Hätte der Senat keinen Kompromiss gefunden, wäre es zu einem teilweisen Zahlungsausfall US-amerikanischer Schuldtitel gekommen und dieser hätte wahrscheinlich gravierende Folgen für die Weltkonjunktur und damit für die Eurozone gehabt. US-amerikanische Staatspapiere werden im großen Stil von Anlegern auf der ganzen Welt gehalten. Ein Zahlungsausfall hätte vermutlich eine neue Vertrauenskrise im globalen Bankwesen ausgelöst. Und vor den realwirtschaftlichen Auswirkungen einer neuen Finanzkrise fürchten sich seit der Erfahrung mit dem Kollaps der Lehman-Bank viele. Mit der Anhebung des Schuldenlimits wurde ein langfristiges Sparprogramm angekündigt, das auch notwendig ist, um den Schuldenstand langfristig zu reduzieren und damit wieder auf ein tragfähiges Niveau zurückzukehren. Es ist ein erster Schritt in Richtung Konsolidierung der Staatsfinanzen. Die Vereinigten Staaten sind an einem Punkt angelangt, an welchem eine Umkehr in der Fiskalpolitik unumgänglich ist.

Auch einige Länder der Eurozone sind hoch verschuldet. Inwiefern kann man die Situation von Griechenland, Portugal, Italien und Spanien mit der der Vereinigten Staaten vergleichen?

Die Vereinigten Staaten waren zumindest in der Vergangenheit anpassungsfähiger an ökonomische Schocks, die Korrekturfähigkeit der Gesellschaft war ebenfalls stets ausgeprägter als in vielen anderen Volkswirtschaften.

Nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre in Tübingen, Maryland (USA) und Berlin promovierte **Dr. Marcus Kappler** im Jahr 2007 an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Seit dem Jahr 2002 am ZEW beschäftigt, ist Kappler stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Wachstums- und Konjunkturanalysen. Er forscht insbesondere zur Genauigkeit von Konjunkturprognosen, der strukturellen Arbeitslosigkeit und den Einflussfaktoren des Produktionspotenzials.



Foto: ZEW

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Die Situation ist mit Ländern wie Griechenland kaum zu vergleichen. Griechenland ist de facto zahlungsunfähig und wird nur durch den europäischen Rettungsfonds gestützt. Die Kreditwürdigkeit griechischer Staatspapiere wird mit einer hohen Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls bewertet, Portugals Staatsanleihen werden von den Ratingagentu-

ren als sehr spekulativ eingeschätzt. Dagegen wurde die Bonität der amerikanischen Schuldscheine lediglich von „beste Qualität“ auf „sicher“ gesenkt, und dies auch nur von einer der großen Ratingagenturen. Besorgniserregend ist derzeit die Zuspitzung in Italien und Spanien. Risikoaufschläge für Staatspapiere dieser Länder sind in jüngster Zeit stark gestie-

gen. Das Problem im Vergleich zu den kleineren Peripherieländern der Eurozone ist die Größe dieser Volkswirtschaften. Der europäische Rettungsschirm würde einen de facto Zahlungsausfall wie in Griechenland für diese beiden Länder letztlich nicht mehr abfedern können.

Dr. Marcus Kappler, kappler@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Der Beitrag der Windenergie für die künftige Stromversorgung in Deutschland

Wie groß ist das Potenzial der Windenergie für die Stromversorgung in Deutschland? Mit welchen Kosten ist sie verbunden? Der folgende Beitrag erörtert diese Fragen und versucht, die Chancen und Grenzen der Windenergie in Deutschland auszuloten.

Nach dem Willen der Bundesregierung sollen bis zum Jahr 2020 mindestens 35 Prozent unseres Stroms aus Wind, Sonne, Wasser und anderen regenerativen Energiequellen erzeugt werden. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien kommt der Windenergie eine Schlüsselrolle zu. Dies geht unter anderem aus der Leitstudie

benheiten begrenzt. Nur die Solarenergie hat ebenfalls ein erhebliches Ausbaupotenzial, ist aber nach wie vor sehr teuer. Es ist zu erwarten, dass sie nach der Absenkung der Fördersätze in der letzten Novellierung des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) erheblich weniger wachsen wird als geplant.

spiel die Energieprognose 2009, die das Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, das Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung und das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erstellt haben. Ihrzufolge soll der Anteil an Windstrom am gesamten aus erneuerbaren Energien erzeugten Strom von heute 43 auf 56 Prozent im Jahr 2020 und 64 Prozent im Jahr 2030 steigen.

Die Windenergiekapazitäten sollen laut Leitstudie bis zum Jahr 2050 auf insgesamt 79,3 Gigawatt (GW) ansteigen. Zum Vergleich: 2009 betrug die gesamte installierte Leistung des deutschen Kraftwerksparks 155,5 GW. Die Kraftwerkskapazitäten unterscheiden sich jedoch in ihrem Ertrag und in ihrer Einsatzfähigkeit: Anders als bei fossilen Kraftwerken ist die Stromerzeugung aus Windenergieanlagen witterungsabhängig. Solange nicht wesentlich umfangreichere Stromspeicher zur Verfügung stehen, wird es ergänzender Kraftwerkskapazitäten bedürfen, die flexibel einsetzbar sind – zu denken ist hier vor allem an Gaskraftwerke. Die Bundesnetzagentur weist deshalb neben der Gesamtkapazität die stundengesicherte Nettoleistung des Kraftwerksparks aus. Das ist die minimale permanent verfügbare Leistung. Sie betrug im Jahr 2009 92,8 GW. Die Deutsche Energieagentur (dena) geht davon aus, dass bis zum Jahr 2030 rund 83 GW gesicherte Nettoleistung in Deutschland benötigt werden.



Der Windkraft wird eine wichtige Rolle unter den erneuerbaren Energien zukommen.

2010 des Bundesumweltministeriums (BMU) hervor; andere erneuerbare Energieträger wie etwa Geothermie oder Biomasse sind durch geographische Gege-

Auch verschiedene andere Studien gehen davon aus, dass die Windenergie eine dominante Rolle unter den erneuerbaren Energien spielen wird, so zum Bei-

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Diese Zahlen verdeutlichen die Dimensionen der Ausbauziele für die Windenergieanlagen in der Leitstudie. Wie stellen sie sich im Vergleich zu anderen Studien dar? Die Einschätzungen der Experten gehen deutlich auseinander – das gilt sowohl für die Szenarien als auch für die Potenziale. So rechnet beispielsweise das

kon. Die spezifischen Investitionskosten für Onshore-Installationen in Höhe von fast 1.800 Euro pro Kilowatt (kW) im Jahr 1990 sanken um über 50 Prozent auf etwa 880 Euro pro kW im Jahr 2003. Entgegen dem langjährigen Trend stiegen die Investitionskosten für Windenergieanlagen zwischen Ende 2004 und 2008 an.

Kapazitätskosten Windenergie On- und Offshore



Energiewirtschaftliche Institut der Universität zu Köln mit einem Gesamtausbau von nur knapp 38 GW an installierter Leistung bis zum Jahr 2030. Die Einschätzung des Potenzials an Windenergie durch das Fraunhoferinstitut für Windenergie und Systemtechnik liegt bei 198 GW allein für Onshore-Windenergie gegenüber 130 GW, die das BMU für On- und Offshore Kapazitäten angibt. Diese Zahlen spiegeln eine erhebliche Unsicherheit bezüglich der Voraussagen wider. Hintergrund ist dabei der bislang nur schleppende Ausbau der Offshore-Anlagen. Hier wird derzeit nach wie vor technische Pionierarbeit geleistet. Insbesondere sind die langfristige Verlässlichkeit und der Wartungsbedarf weiterhin unklar.

Kostenentwicklung der Windenergie in Deutschland

Die Gesamtkosten zur Nutzung der Windenergie werden zu etwa 75 Prozent von den Investitionskosten bestimmt. Tatsächlich sind die Marktpreise für Kapazitäten zur Nutzung der Windenergie in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gesun-

Dies ist zum Teil auf höhere Kosten bei der Beschaffung von Rohstoffen und steigende Löhne in Folge des hohen Wirtschaftswachstums der Jahre 2004 bis 2008 zurückzuführen. Zum anderen konnten Hersteller und Zulieferer durch die starke Nachfrage höhere Preise am Markt durchsetzen. Seit 2008 wurden die Produktionskapazitäten ausgeweitet, auch sanken die Rohstoffpreise, sodass der Anlagenpreis wieder fiel. Über die Jahre sind die Gestehungskosten des Onshore-Windstroms entsprechend gefallen. Je nach Windertrag liegen sie heute mit 6 bis 8 ct/kWh nicht mehr weit von der Marktfähigkeit entfernt.

Die Installation von Offshore-Anlagen ist mit deutlich höheren Investitionskosten verbunden als die Errichtung an Land. Aufgrund der geringeren installierten Offshore-Kapazitäten liegen nur wenige Daten zu den Investitionskosten vor. In der Leitstudie 2010 gibt das BMU 3.500 Euro pro kW an, die Internationale Energie Agentur (IEA) in einer aktuellen Studie ca. 2.700 Euro pro kW. Die Investitionskosten steigen dabei mit zunehmender Wassertiefe und Küstenentfernung. Die höheren

Windgeschwindigkeiten führen zu steigenden Anforderungen an die technische Ausstattung der Anlagen, ebenso wie die spezielle Installationsausrüstung zum Bau von Offshore-Windparks.

Die Unterschiede in der Höhe der spezifischen Kosten für Windkapazitäten werden beim Vergleich der technischen Anforderungen an Onshore- und Offshore-Anlagen deutlich. Um die stärkeren Winde auf See nutzen zu können, müssen die Anlagen besonders robust sein; zusätzliche Komponenten bei Fundamenten, Netzanbindung und Korrosionsschutz werden benötigt. Größtenteils neu ist zudem die Notwendigkeit, große Leistungen durch Seekabel zum Festland zu transportieren. Durch die Umspannungsvorrichtungen auf See und am Einspeisepunkt in das Verteilnetz entstehen weitere zusätzliche Kosten. Darüber hinaus sind Wartungs- und Reparaturarbeiten auf See ungleich schwieriger als an Land. Die Arbeit an Offshore-Anlagen ist bei hohen Wellen und böigem Wind ausgeschlossen, so dass es in der Folge zu Anlagenstillstand und Ertragsausfällen kommen kann.

Schlussfolgerungen

Die Windenergiekapazitäten im deutschen Kraftwerkspark haben sich in den letzten zehn Jahren bereits verfünffacht. Trotz des starken bisherigen Ausbaus gibt es unstrittig noch ein erhebliches Potenzial, vor allem im Offshore-Bereich, der bislang kaum erschlossen ist. Während aber die Stromgestehungskosten aus Onshore-Windenergie in den letzten Jahren deutlich gefallen sind und sich der Marktreife nähern, liegen die Kosten für Offshore-Anlagen momentan noch mehr als doppelt so hoch. Langfristig wird eine Annäherung an die Onshore-Gestehungskosten erwartet. Dies ist jedoch mit Unsicherheit behaftet. Ob die Windenergie also in absehbarer Zukunft zum Rückgrat der gesamten Stromversorgung werden kann, ist deshalb zweifelhaft: Zum einen ist unklar, ob die Potenziale zur Deckung eines überwiegenden Teils der Stromversorgung ausreichen, zum anderen bleibt das Problem der fluktuierenden Einspeisung vorerst ungelöst

Dr. Tim Mennel, mennel@zew.de
Philipp Ahlhaus, philipp.ahlhaus@googlemail.com

Weltwirtschaftliche Verwerfungen – Wirtschaftspolitische Folgerungen aus den Krisen

Das ZEW Wirtschaftsforum führte auch in diesem Jahr zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Wissenschaft in Mannheim zusammen, um aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu diskutieren. Die diesjährige Veranstaltung beschäftigte sich mit „Weltwirtschaftlichen Verwerfungen – Wirtschaftspolitische Folgerungen aus den Krisen“.

In seiner Begrüßung sagte der Präsident des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, dass es beim diesjährigen Wirtschaftsforum darum gehe, wirtschaftspolitische Folgerungen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ziehen, in der wir uns noch immer befänden und deren Auswirkungen uns und unsere europäischen Partner vor große Probleme stellten. Gleich zum Auftakt der Veranstaltung zeigten hochkarätige Referenten in mehreren Impulsreferaten und einer Podiumsdiskussion die zentralen Probleme auf, denen sich die entwickelten Volkswirtschaften ebenso wie das globale Wirtschafts- und Finanzsystem derzeit gegenüber sehen. Sie mahnten darüber hinaus Reformen an und skizzierten mögliche Lösungsansätze.

Internationale Finanzarchitektur befindet sich in Schieflage

Im ersten Vortrag des Tages erklärte Prof. Dr. Hannes Rehm die Sicherung der Systemstabilität zur zentralen Aufgabe einer unbedingt erforderlichen Reform der nationalen und internationalen Finanzarchitektur. Nur so lasse sich verhindern, dass eine krisenhafte Entwicklung an einer Stelle des globalen Finanzsystems sehr schnell auf das Gesamtsystem übergreife. Dabei müsse sich eine Reform auf folgende Risikobereiche konzentrieren: Risiken, die von einzelnen Finanzinstituten, vor allem den systemisch wichtigen, ausgingen, Risiken, die aus der Organisation der Märkte resultierten und Risiken aufgrund der zu geringen Widerstandsfähigkeit einer einzelnen Bank oder des Systems. In Bezug auf die Anfälligkeit einzelner Finanzinstitute, so Rehm, zielten die Maßnahmen im Rahmen von

Basel III folgerichtig darauf ab, die Risikotragfähigkeit und Verlustabsorptionsmöglichkeit der Institute zu erhöhen. Dazu seien die Eigenkapitalanforderungen deutlich erhöht worden. Mit Blick auf die Risiken aufgrund einer ungenügenden Infrastruktur und Organisation der Märkte forderte Rehm, den bisher weitgehend unbeaufsichtigten Derivatehandel ebenso international einer stärkeren Kontrolle zu unterwerfen wie das Schattenbanksys-

tem herauszuholen, damit bei künftigen Finanzkrisen nicht mehr Steuergelder dazu verwendet werden müssten, Banken zu retten, die durch eigenes Verschulden in eine unhaltbare Lage geraten seien. Eine unverzichtbare Voraussetzung hierfür sei eine möglichst einheitliche Rechnungslegung. Diese sei für eine wirksame Kontrolle unabdingbar, international derzeit allerdings noch nicht gegeben.

Staatsverschuldungskrise im Euroraum

Die Krise im Euroraum aufgrund der gravierenden Staatsverschuldung einiger Euro-Mitgliedstaaten analysierte Prof. Dr. Dr. h.c. Günter Franke von der Universität Konstanz. Aus seiner Analyse leitete er



Das ZEW Wirtschaftsforum stieß auch in diesem Jahr auf großes Interesse.

tem, also insbesondere Hedgefonds oder Geldmarktfonds. Ein zentraler Baustein für mehr internationale Systemstabilität sei die Zurückverlagerung des unternehmerischen Risikos auf die Banken. Zum einen durch die Einführung eines spezifischen Insolvenzrechts für die geregelte Abwicklung einer Bank im Falle einer Pleite. Zum anderen durch die Einrichtung eines Stützungsfonds der Finanzwirtschaft für Kreditinstitute im Krisenfall.

Ziel dieser Maßnahmen müsse sein, den Staat aus seiner derzeitigen Erpress-

vier Empfehlungen ab. Als erstes empfahl er eine stärkere Regelbindung der Politik, um die Intransparenz für Investoren einzuschränken. Das Beispiel Griechenlands zeige, wie das verwirrende Hin und Her der Politik der krisenhaften Entwicklung noch Vorschub geleistet habe.

Frankes zweite These beschreibt die EU als eine ausbeutungsoffene Gemeinschaft. Aus Furcht vor gravierenden Folgeschäden für das Staatenprojekt EU werde auch einem insolventen Staat die Hilfe nicht verweigert. Die EU beuge sich

ZEW WIRTSCHAFTSFORUM

damit in Geiselschaft von Mitgliedstaaten, die die Spielregeln der Gemeinschaft nicht einhielten. Er fordert daher, ein Scheidungsrecht zu entwickeln, das es der EU ermöglichen müsse, sich wieder von Mitgliedstaaten zu trennen.

Die dritte These beschreibt den Haircut als ein unverdientes Geschenk für insolvente Euro-Staaten. Die Streichung eines Teils der Staatsschulden auf Kosten der Gläubiger könne einen Staat zwar wieder solvent machen. Geschehe dies allerdings ohne Einforderung von harten Gegenleistungen, würden andere finanzschwache Staaten ermutigt, ebenfalls diesen Schritt zu gehen.

Frankes vierte These schließlich kritisiert die vielfältigen Rollen der EZB in der Krise. Diese gefährdeten die Unabhängigkeit der Zentralbank und veranlassten sie zu Kompromissen in der Geldpolitik und zur Einmischung in die Fiskalpolitik. Er fordert die EZB auf, sich schnellstens wieder auf die Geldpolitik zu konzentrieren.

Konstruktionsfehler der Währungsunion

Gleich zu Beginn seines Vortrags benannte Prof. Dr. Clemens Fuest, Universität Oxford, die wesentlichen Konstruktionsfehler der Europäischen Währungsunion: Zum einen die von Anfang an unglaubwürdige No-Bailout-Klausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts, zum anderen das Fehlen einer Insolvenzordnung für den Fall einer tatsächlichen Staatspleite. Für Fuest war die No-Bailout-Klausel von Anfang an unglaubwürdig, weil den Finanzmärkten die Robustheit gefehlt habe, eine Staatspleite zu verkraften. Den Akteuren am Markt sei daher klar gewesen, dass die Euro-Staaten im Falle einer drohenden Staatspleite mit Steuergeldern aushelfen würden, um eine massive Beschädigung des Finanzsektors zu vermeiden. „Daraus ergibt sich, dass die Währungsunion nur funktionieren kann, wenn es künftig gelingt, den Marktakteuren glaubhaft zu machen, dass die Euroländer im Ernstfall auch bereit sind, eine Staatspleite hinzunehmen“, erklärte Fuest. Sei dies nicht möglich, dann müssten aufgrund dieses Unvermögens die Spielregeln der Währungsunion ehrlicherweise neu definiert werden.

Als Folge vor allem der Griechenland-Krise hätten die Staats- und Regierungschefs im März 2011 eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie einen dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beschlossen. Positiv daran sei, dass es nun immerhin eine Verständigung darüber gebe, welche Maßnahmen beim drohenden Staats-

stellt werden, um das Bankensystem des betreffenden Landes sowie den Rest der Eurozone zu stabilisieren und so eine allgemeine Finanzkrise zu vermeiden. Der Bankrott eines großen Eurolandes könne allerdings selbst nach Einführung einer staatlichen Insolvenzordnung und verbesserter Finanzmarktregulierung nicht zugelassen werden. Das sei für die Fi-



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion: Prof. Dr. Hannes Rehm, Prof. Dr. Rolf Langhammer, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Prof. Dr. Clemens Fuest und Prof. Dr. Dr. h.c. Günter Franke (von links).

bankrott eines Eurolandes zu ergreifen seien. Wenn es im Rahmen des ESM allerdings nicht gelinge, den angeschlagenen Mitgliedstaat mit Sanierungsprogrammen und Krediten flott zu machen, laufe auch hier alles wieder auf die Frage zu, ob der Finanzsektor robust genug sei, im Ernstfall den Bankrott eines Landes auszuhalten. Es sei die Aufgabe der Politik für diese Robustheit zu sorgen. Dazu sei es nötig, die Finanzmarkt- und Bankenregulierung entsprechend zu reformieren. Bei dieser Reform sei es wichtig, für die Mitgliedstaaten der Eurozone ein geordnetes Verfahren für eine staatliche Insolvenz einzuführen. Damit dieses im Ernstfall auch in Gang gesetzt werden könne, müsse der Finanzmarkt robust genug sein, die entstehenden Verluste zu verkraften. Das brauche Zeit.

In der aktuellen Krisensituation und in der Übergangszeit bis zur Schaffung einer robusten Finanzarchitektur sind für Fuest eines Haircuts in einem Euroland könnte über sie ausreichend Liquidität bereit ge-

nanzmärkte zu gefährlich. Daher müsse im Falle der großen Staaten primär auf harte Prävention gesetzt werden.

Folgen von globalen Handels- und Währungsungleichgewichten

Prof. Dr. Rolf Langhammer vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel analysierte die globalen Handels- und Währungsungleichgewichte und ihre Folgen. Er stellte fest, dass sich die Leistungsbilanzsalden führender Handelsnationen seit den 1980er Jahren spürbar ausgeweitet hätten. So habe sich insbesondere die Schere zwischen den Vereinigten Staaten mit ihrem hohen Defizit und China mit hohen Überschüssen weit geöffnet. Andere Schwellenländer wie etwa Brasilien oder Indonesien hätten das Defizit in ihrer Leistungsbilanz gegenüber früher deutlich verringert. Die Euro-Region wiederum habe im internationalen Vergleich eine ausgeglichene Leistungsbilanz und der Trend für Japan mit seinen positiven Leistungsbilanzsalden sei weitgehend stabil.

Zusammenfassend stellte Langhammer fest: „Die Entwicklung der staatlichen Leistungsbilanzen zeigt, dass es vor allem ein Problem China-USA gibt.“ Für die Vereinigten Staaten könne das bestehende große Ungleichgewicht in der Leistungsbilanz zum Problem werden. So werde die Leitwährungsfunktion des Dollars langfristig immer mehr schwinden, weil die

Auch der Euroraum biete ein eher ausgeglichenes Bild. „Meine mittelfristige Sorge richtet sich daher vor allem auf das amerikanische Leistungsbilanzdefizit vor dem Hintergrund einer außerordentlich hohen Staatsverschuldung und hoher konsumtiver Staatsausgaben“, sagte Langhammer.

Das ZEW Wirtschaftsforum 2011 endete mit einer Rede von Dr. Bernhard Heitzer,

wichtig, für die Zukunft ein Verfahren zu schaffen, das es erlaube, die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Länder besser zu überwachen. Nur so könnten Wettbewerbschwächen in einzelnen Mitgliedstaaten frühzeitig erkannt und korrigiert werden, denn das zentrale Problem beispielsweise Griechenlands sei ja gerade dessen Wettbewerbsschwäche.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Das Verfahren werde gestrafft und Sanktionen sollten künftig früher und schneller greifen. Erst ganz am Ende sollten im Krisenfall finanzielle Hilfen im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus stehen.

Krisenprävention auch in der Realwirtschaft notwendig

Eine global immer stärker vernetzte Welt mit offenen Märkten, weltweit tätigen Finanzinstituten und sekunden-schneller Kommunikation sei krisenhafte Entwicklungen heute sehr viel stärker ausgesetzt als in der Vergangenheit, stellte Heitzer fest. Krisenbewältigung sei daher mittlerweile weltweit in den Fokus gerückt. Krisenprävention sei aber nicht nur im Finanzsektor von Nöten, sondern auch in der Realwirtschaft. So würden in wichtigen Volkswirtschaften die Haushaltskonsolidierung und die Eindämmung der Staatsverschuldung zu einem immer drängenderen Problem. Die Vereinigten Staaten beispielsweise erreichten noch in diesem Jahr eine Staatsverschuldung von über 100 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Zur Krisenprävention gehöre das Weiteren, den globalen Inflationstendenzen zu begegnen, sagte Heitzer. Steigende Preise seien zwar zum Teil auf den weltweiten Aufschwung zurückzuführen, problematisch sei aus seiner Sicht aber vor allem das Übermaß an Liquidität. Die Zentralbanken hätten während der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ihre Liquiditätszufuhr stark ausgeweitet. Diese Überschussliquidität sei der Nährboden für inflationäre Tendenzen. Es sei nun geboten, dem Geldkreislauf diese Liquidität schrittweise wieder zu entziehen.

Gunter Grittmann, grittmann@zew.de



Dr. Bernhard Heitzer erläuterte die Konsequenzen der Eurokrise für Deutschland und Europa.

Vereinigten Staaten aus verschiedenen Gründen nicht mehr in der Lage seien, die weltweite politische Sicherheit zu garantieren. Dadurch gehe die Bereitschaft vieler Länder, mehr Dollarbestände zu halten als sie tatsächlich bräuchten, zurück. Der Druck auf die Vereinigten Staaten zur Konsolidierung ihrer enormen Verschuldung werde somit zunehmen.

Probleme unausgeglichener Leistungsbilanzen

Für China, so Langhammer, könne ein großes Ungleichgewicht in der Leistungsbilanz ebenfalls Probleme mit sich bringen. Würde etwa der Renminbi im Vergleich zum Dollar aufwerten, dann wären die gewaltigen Dollar-Reserven der Chinesen in heimischer Währung deutlich weniger wert. Das könnte in China die Kreditvergabemöglichkeiten beeinträchtigen. Insgesamt befindet Langhammer, dass ein hohes Leistungsbilanzdefizit Schwellenländern zwar durchaus gefährlich werden könne, aktuell zeichneten sich hier aber keine größeren Probleme ab.

Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. In seinem Vortrag konzentrierte sich Heitzer auf die Eurokrise und auf die Herausforderung, die diese insbesondere für Europa und Deutschland darstellt.

Die Eurozone habe in der Weltwirtschaft ein beachtliches Gewicht, erklärte Heitzer. Auf die Euroländer entfielen etwa 30 Prozent des Welthandels, auf die Vereinigten Staaten nur etwa zehn Prozent. Der Euro selbst sei mittlerweile mit einem Anteil von 26 Prozent nach dem US-Dollar mit 71 Prozent die zweitwichtigste Reservewährung der Welt. „Der Erfolg oder Misserfolg bei der Bewältigung der Schuldenkrise in der Eurozone hat somit nicht nur regionale, sondern auch globale Auswirkungen“, sagte Heitzer.

Die Griechenland-Krise hat nach Ansicht des Staatssekretärs gezeigt, dass das Regelwerk der Währungsunion sowie dessen Überwachung und Einhaltung überarbeitet werden muss. Die Europäische Union brauche eine bessere Überwachung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik ihrer Mitgliedstaaten. Auch sei es

Steuergestaltung mit Personengesellschaften

Der Mannheimer Unternehmenssteuertag weckte auch in diesem Jahr reges Interesse. So konnten das ZEW und die Universität Mannheim am 21. Juni 2011 rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur diesjährigen Veranstaltung begrüßen.

Im Rahmen des jährlich stattfindenden Unternehmenssteuertages beleuchteten namenhafte Referenten aus Wissenschaft, Praxis und Finanzverwaltung aktuelle Fragen der nationalen und interna-

quenzen ein Aufeinandertreffen von Trennungs- und Transparenzprinzip bei der Besteuerung von Personengesellschaften hervorrufen kann und diskutierte in diesem Zusammenhang Auslegungsalterna-



Rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgten den diesjährigen Unternehmenssteuertag.

tionalen Unternehmensbesteuerung. Angesichts der hohen Verbreitung der Rechtsform der Personengesellschaft in Deutschland und den ausgeprägten Unterschieden in der Besteuerung dieser Rechtsform im internationalen Kontext, widmete sich die diesjährige Veranstaltung den mit der Besteuerung von Personengesellschaften verbundenen Problemen und Gestaltungsspielräumen.

Prof. Dr. Christoph Spengel (Universität Mannheim und ZEW) eröffnete die Veranstaltung mit einer Einführung in die Thematik. In seinem anschließenden Vortrag verdeutlichte Prof. Spengel, dass die zivilrechtliche und steuerliche Behandlung von Personengesellschaften im internationalen Vergleich von der deutschen Systematik abweichen kann. Er illustrierte anhand von Beispielen eindrücklich, welche steuerlichen Konse-

quenzen der Doppelbesteuerungsabkommen. Abschließend verdeutlichte Prof. Spengel die Notwendigkeit, die Abkommen einheitlich auszulegen.

Steuerliche Vor- und Nachteile für Personengesellschaften

Brigitte Fischer (Freudenberg & Co. KG) brachte die Perspektive eines international tätigen deutschen Personengesellschafts-Konzerns in die Veranstaltung ein. Als wesentliche steuerliche Vorteile der Personengesellschaft identifizierte sie eine geringere Steuerbelastung im Falle einer sofortigen Gewinnausschüttung, breitere Verlustverrechnungsmöglichkeiten und eine mögliche Einmalbesteuerung ausländischer Betriebsstättengewinne. Steuerliche Nachteile resultierten nach Auffassung der Referentin insbesondere

aus der fehlenden Vorteilhaftigkeit der Thesaurierungsbegünstigung, einer steuerlichen Diskriminierung von Gesellschafterdarlehen und hohen gewerbesteuerlichen Anrechnungsüberhängen. Abschließend hob sie hervor, dass die hohe Rechtsunsicherheit, die bei der Besteuerung von Personengesellschaften bestünde, die Attraktivität dieser Rechtsform wesentlich einschränke.

Analyse von Gestaltungsspielräumen anhand konkreter Fallbeispiele

Zur Rolle der Personengesellschaft als Gestaltungsmittel im Konzern referierte Oliver Nußbaum (BASF SE). Anhand ausgewählter Fälle zeigte er auf, inwieweit durch Einschaltung einer Personengesellschaft steuerliche Vorteile genutzt werden können und welche Grenzen diesen Gestaltungen entgegenstehen. Die behandelten Sachverhalte waren in diesem Zusammenhang äußerst vielfältig. Sie umfassten beispielsweise Strategien zur gewerbesteuerlichen Optimierung im nationalen Kontext, zur Reduzierung der Hinzurechnungsbesteuerung bei grenzüberschreitender Tätigkeit oder zur steuerlichen Strukturierung eines Joint-Ventures.

Auf die Vortragsrunde folgte am Nachmittag die Vertiefung spezieller Fragestellungen im Rahmen von Fallstudien. Werner Seitz (Finanzministerium Baden-Württemberg) und Dr. Martin Strahl (Carlé_Korn_Stahl_Strahl) analysierten einschlägige Regelungen und Strategien zur Umstrukturierung von Personengesellschaften. Thomas Rupp (Finanzministerium Baden-Württemberg) und Prof. Dr. Christian Schmidt (Deloitte & Touche GmbH) diskutierten mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Chancen und Risiken der Personengesellschaft als internationales Steuerplanungsinstrument. In einem dritten Workshop widmeten sich Lothar Siemers (PricewaterhouseCoopers AG) und Dr. Christian von Oertzen (Flick Gocke Schaumburg) erbschaftsteuerlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit Personengesellschaften.

Katharina Finke, finke@zew.de

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im August 2011

Neue Frage im ZEW-Finanzmarkttest: Wahrscheinlichkeit einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung

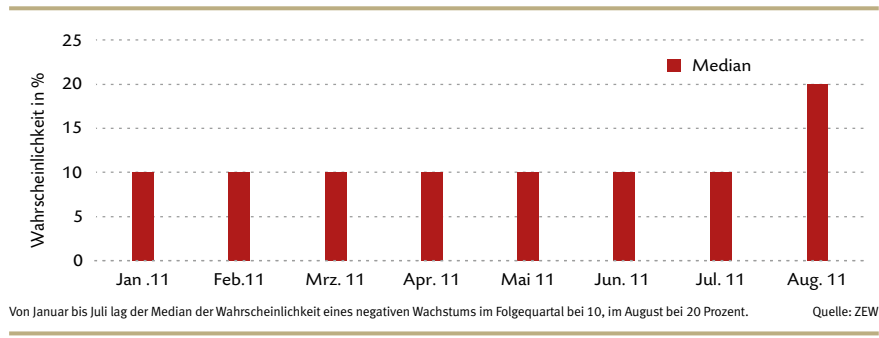
Viele Beobachter erklären Turbulenzen an den Aktienmärkten mit einer „gestiegenen Rezessionsangst“ der Marktteilnehmer. Bislang gibt es kaum Möglichkeiten zu quantifizieren, wie stark derartige Befürchtungen ausgeprägt sind. Ein neuer Indikator, der im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests erhoben wird, kann Abhilfe schaffen: Seit Januar 2011 werden die Teilnehmer des ZEW-Finanzmarkttests nach der Wahrscheinlichkeit eines negativen BIP-Quartalswachstums im jeweiligen Folgequartal befragt. Über die Zeit kann dieser Wahrscheinlichkeitswert als eine Art „Seismograph“ für möglicherweise drohende konjunkturelle Verwerfungen interpretiert werden. Befragt nach der Wahrscheinlichkeit eines negativen Quartalswachstums in Deutschland für das vierte Quartal 2011 ergibt sich im August ein Medianwert von 20 Prozent. Dies bedeutet, dass die ZEW-Finanzmarktexper-

ten im Mittel mit einer Wahrscheinlichkeit von 1:4 erwarten, dass ein derartiges Szenario eintritt. Ein gegenteiliges Szenario, also ein positives Quartalswachstum im vierten Quartal, ist somit nach Einschätzung der Experten viermal wahrscheinlicher. Allerdings fällt ins Auge, dass die Wahrscheinlichkeit einer schrumpfenden

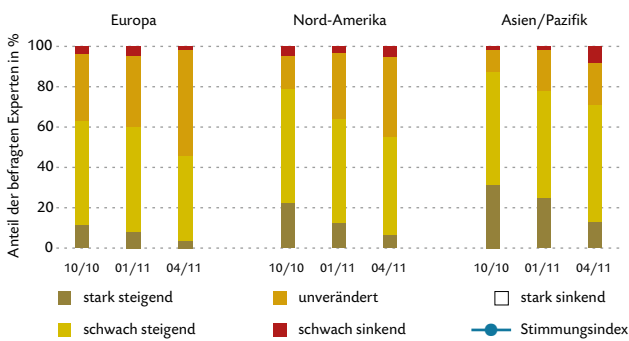
Wirtschaftsleistung im Folgequartal gestiegen ist. Zuvor betrug der Median in allen Monaten dieses Jahres hierfür konstant zehn Prozent. Der Anstieg im August reflektiert die zu beobachtende stärkere Besorgnis an den Finanzmärkten in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Christian D. Dick, dick@zew.de

Für wie wahrscheinlich halten Sie einen Rückgang der Wirtschaftsleistung im Folgequartal?



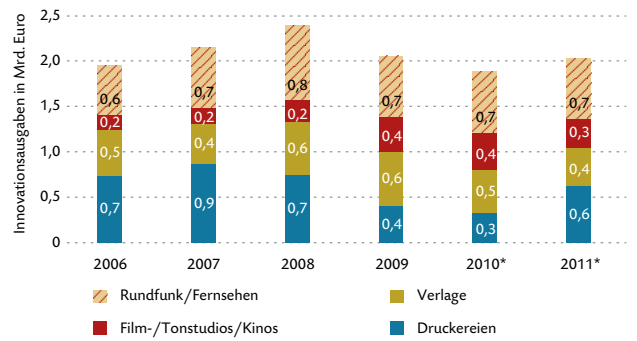
Hohes Wachstumstempo bei Luftfracht kühlt sich ab



Die Einschätzungen zur Aufkommensentwicklung in der Luftfracht im nächsten halben Jahr sind zwar deutlich zurückhaltender als in den Vorquartalen, aber immer noch auf recht hohem Niveau. Dies gilt insbesondere für die Asien-/Pazifik-Route, auf der über 70 Prozent der befragten Experten mit einem weiteren Anstieg der Mengen rechnen. Die Beförderungsmengen in der deutschen Luftfracht stiegen im Jahr 2010 auf ein zuvor noch nie erreichtes Niveau. Sie legten im Vergleich zum Vorjahr um über 22 Prozent zu. Der krisenbedingte Rückgang im Jahr 2009 hatte „nur“ etwa sechs Prozent betragen.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Medien: Verschiebung der Innovationsbudgets in Richtung Film/Rundfunk



Die Innovationsausgaben der deutschen Medienwirtschaft fielen im Krisenjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent auf 1,89 Milliarden Euro. Besonders stark wurden die Innovationsbudgets in den Druckereien gekürzt (minus 46 Prozent), während die Film- und Tonstudios sowie Kinos erheblich mehr in neue Produkte und Prozesse investiert haben. Für 2010 plante die Branche einen weiteren Rückgang, wobei vor allem die Verlage geringere Innovationsausgaben vorsahen. 2011 soll es wieder einen Aufwuchs geben. Insgesamt verschieben sich die Innovationsausgaben in Richtung Filmwirtschaft und Rundfunk.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



EZB

Es ist noch nicht sehr lange her, da erfreute sich die Europäische Zentralbank (EZB) großer Hochachtung auf Grund ihrer glaubwürdigen Unabhängigkeit und stabilitätsorientierten Geldpolitik. Nunmehr ist die EZB in

schweres Fahrwasser geraten, weil eben diese Unabhängigkeit von der (Finanz-) Politik auf dem Spiel steht. Auf Befremden ist überdies ihre erbitterte Ablehnung einer Umschuldung griechischer Staatsanleihen und damit zusammenhängend ihr unverhältnismäßig starker Fokus auf die Urteile von Rating-Agenturen gestoßen.

Seit ihrer Entscheidung vom Mai 2010, griechische Staatsanleihen anzukaufen – ein solches Ansinnen hatte sie vorher brüsk zurückgewiesen –, bewegt sich die EZB auf gefährlich schwankendem Boden. Den vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Politik mit dem Ankauf von Staatsanleihen Spaniens und Italiens seit Anfang August 2011. Insgesamt hat die EZB derzeit rund 115 Milliarden Euro an Staatspapieren aus diesen beiden Ländern sowie aus Griechenland, Irland und Portugal in ihren Büchern.

Die Kritik an diesen Ankäufen resultiert dabei nicht so sehr aus den Inflationsgefahren, welche eine entsprechende Ausweitung der Geldmenge für sich genommen zur Folge hätte. Denn gleichzeitig betrieb die EZB eine sterilisierende Geldpolitik, indem sie das durch die Anleihekäufe zusätzlich geschaffene Geld mit Hilfe von Ausleihungen bei den Geschäftsbanken dem monetären System wieder entzog. Im Mittelpunkt der Bedenken steht vielmehr, dass die EZB in eine Vernetzung mit der Finanzpolitik geraten ist. Die Finanzierung von Staatshaushalten gehört nach allen historischen Erfahrungen zu den Todsünden von Zentralbanken und die politische Unabhängigkeit stellt das wichtigste konstitutive Merkmal einer funktionstüchtigen Notenbank dar. Diesbezüglich hat die EZB mehr als kleine Schrammen bekommen. Konnten ihre Anleihekäufe vom Mai 2010 noch als Notfallmaßnahme in einer Ausnahmesituation gerechtfertigt werden, so gilt dieses Argument spätestens seit den Stützungsmaßnahmen für Italien nicht mehr. Die Risikozuschläge für Staatsanleihen sollen doch ein deutliches Signal für finanzpolitisches Fehl-

verhalten aussenden. Insoweit erfüllen die Finanzmärkte die ihnen eigentlich zgedachte Funktion. Klar, Italien müsste bei höheren Zinskosten finanzpolitisch den Gürtel noch enger schnallen. Aber zu ökonomischen Katastrophenszenarien besteht kaum Anlass, denn Italien zahlte vor der Währungsunion damals schon hohe Zinsen auf seine Staatsanleihen, ohne dass es untergegangen wäre.

Es kommt mithin darauf an, die EZB baldmöglichst von ihrer Rolle als – vielleicht unfreiwilligen – finanzpolitischen Ersatzspieler zu befreien, etwa indem der Stabilisierungsfonds EFSF die genannten Anleihebestände der EZB übernimmt.

Das Verhalten der EZB bei der Diskussion über eine Umschuldung griechischer Staatsanleihen wirft ebenfalls Fragen auf. Bekanntlich hatte die EZB angekündigt, griechische Staatsanleihen nicht länger als Sicherheiten zu akzeptieren, sobald die Rating-Agenturen im Zuge einer Beteiligung privater Gläubiger solche Papiere auf D („default“, also Zahlungsverzug) herabstufen. Zwar erklärte der Präsident der Deutschen Bundesbank, grundsätzlich sei die Beteiligung privater Gläubiger sinnvoll und richtig, bei einer aufgezwungenen Umschuldung und einem damit ausgelösten Kreditereignis seien indes die Risiken auf Grund von Ansteckungseffekten größer als die Chancen.

Damit stellt sich die Frage, wieso die EZB in ihren Entscheidungen den Urteilen der Rating-Agenturen so viel Gewicht einräumt. Nicht zuletzt angesichts des Versagens dieser Institutionen bei der Bewertung strukturierter Wertpapiere zu Beginn der Finanzmarktkrise im Jahr 2008 hätte die EZB sehr wohl ihre eigene Kompetenz bei der Einschätzung der Zahlungsfähigkeit stärker hervorheben können, so wie sie diese bei der „Troika“ aus EU, EZB und IWF bei der Evaluation Griechenlands eingebracht hat. Außerdem hat die EZB später Anleihen Portugals akzeptiert – trotz einer Herabstufung auf Ramsch-Niveau durch eine Rating-Agentur. Eine transparente und nachvollziehbare Strategie sieht anders aus.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim . Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim . Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrner · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail gruettmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2011